

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1266

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Sebr. Amshoff, Dresden und Schöneberg

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen nach der Arbeit und 'Volk und Welt' für einen halben Monat 1 Mk.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprechkunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile 30 Pf., die 20 mm breite Kleinzeile 1,50 Mk., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Reisegeschäfte 40 Pro. Rabatt. Für Priembelieferung 10 Pf.

Nr. 42

Dresden, Freitag den 19. Februar 1926

37. Jahrg.

Organisierter Putschismus

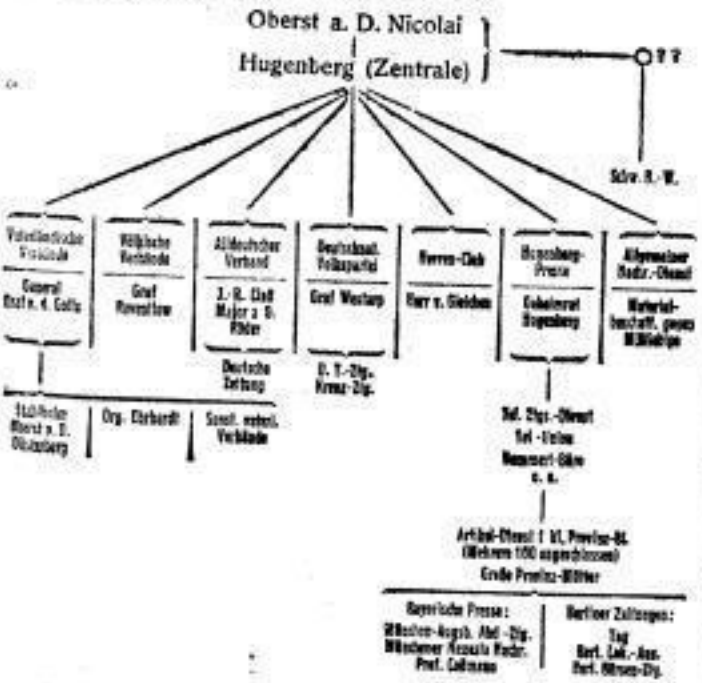
Nicolai an der Arbeit

Von Philipp Scheidemann

Der Oberst a. D. Nicolai, im Kriege Chef der Abteilung III b der Obersten Heeresleitung, hat während der ganzen Kriegsdauer das deutsche Volk über unire glänzenden Aussehen für das Kriegsende noch Ehrlich und Frieden belügen lassen, so daß am Ende des juchenden Kampfes, als General Ludendorff die Telegramme an die Regierung nach Berlin schickte, in denen er feinerweichend um Waffenstillstand und Frieden flehte, Millionen bis dahin gutgläubiger Deutschen, wie vom Donner gerührt, die Zeitungen aus der Hand legten.

Dieser selbe Nicolai ist jetzt das Haupt einer kraft gegliederten Organisation, deren Aufgabe darin besteht, das deutsche Volk zu 'befreien', das heißt die Republik 'umzuliegen', wie das Haupt und Ludendorff 1920, Hitler und Ludendorff 1923 bereits versucht haben. Gleichwohl, ob Herr Nicolai das bestreiten wird oder nicht, Tatsache ist, daß der nächste Schlag viel gründlicher als alle früheren Unternehmungen vorbereitet wird. Zunächst soll das Volk — auch im Hinblick auf den kommenden Volkseinsturm wegen der Kürhenabschwörung — gründlich verhebt und aufgeschreckt, also für den großen Tag reif gemacht werden. Das geschieht durch die zahllosen großen und kleinen Zeitungen, die Tag für Tag die Republik herunterreißen und den 'Kadaver' führen wollen, daß all das Elend, das uns heimst, die Folge republikanischer Mißwirtschaft, nicht etwa die Folge des Krieges sei.

Wie man dies Gift dem Volke am besten beibringt, hat Nicolai im Kriege nicht nur gelernt, sondern auch gründlich praktiziert. Einen würdigen Genossen hat er in Eugen Berg, gefunden, der durch seine Organe das Geschäft der Volksverführung betreiben läßt. Die Kanäle, durch die das Gift dem Volke zugeleitet wird, sind in Berlin die Eugen-Berg-Blätter. Die Provinz wird versorgt durch einen geographischen Zeitungsdienst sowie durch eine Artikelforenspondenz, die Hunderte von kleinen und größeren Zeitungen füttert. Die folgende graphische Darstellung gibt ein authentisches Bild der ganzen Organisation.



Die von Hugenberg besonders in Berlin betriebene Propaganda verschlingt ungeheure Summen. Er läßt seine Schreiber das Thema abwandeln 'Die Ausgliederung Deutschlands' und versucht damit unter anderem Hinweis auf die Landes-Gesetze den bereits erwähnten 'Nachweis', daß die 'Republik' für unser Unglück verantwortlich gemacht werden muß. Er veräußert, daß diese Gesetze nur mit Hilfe der Funktionalen zutage gekommen sind. Auf dem anderen Ton wie die Berliner Hugenberg-Blätter sind die in Provinz verlegenden Korrespondenzartikel abhandelt. Wenn eine solche Hege monatelang fortgesetzt wird, ohne daß fröhliche Gegenwehr einsetzt, kann man sich vorstellen, wie die Folgen kollektiv sein müssen. Wie 1921 der Ermordung Erzbergers, 1922 der Ermordung Rathenous eine niederrichtige Hege vorausgegangen war, so wird jetzt dieser Prozess man gelüftet.

Fand in Hand mit der Vorbereitung des Volkes geht der Aufbau der ganz, großartig gegliederten Organisation an. Die die 'glücklicheren Zeiten' im geeigneten Augenblick erzwingen soll. Dabei wird so raffiniert verfahren, daß nicht einmal alle Verbände etc. deren Leiter wissen, welchen bestimmten Zwecken sie letzten Endes dienen. Der beifügige Text zeigt deutlich genug, wie weit die Dinge bereits gekommen sind. Bemerkenswertes folgendes werden: Es fehlt der Jugendzeitliche Orden des Herrn Rahranun. Dieser widerspricht wenn hat sich wohl nicht so einstellen wollen, wie man von ihm verlangt hat, deshalb wahrscheinlich und die Hege gegen ihn vor mehreren Wochen. Man wollte ihn inaktiv machen. Wie weit das gelungen ist, bleibt

abzuwarten. Ein 'Allgemeiner Nachrichtendienst' hat die Materialbeschaffung und -verarbeitung gegen besonders auf Korn zu nehmende Opfer zu besorgen. Von hier aus wurde die Verheerung gegen Wirth, Ebert, Rathenau usw. eingeleitet und durchgeführt. Weiter sei bemerkt daß wir aus dem Organisationsplan zwei Namen augemerkzt haben. Die von der Zentrale rechts laufende Linie führt von der Spitze der Organisation zu einer in hohem Maße bedeutsamen Stelle: die ? ? sind uns bekannte höhere Offiziere. Von dieser Stelle aus wurde die Verbindung mit der Schwarzen Reichswehr unterhalten. Vielleicht gelingt es dem Reichstagsauschuh zur Unterbindung der Genemorde, den einen oder anderen dieser Schleichwege aufzudecken.

Der Plan bedarf im übrigen weiterer Erläuterungen nicht. Er zeigt klar und deutlich, daß nicht zu unterschätzende Kräfte am Werke sind, das zu zerstören, was seit dem Zusammenbruch im November 1918 mühsam aufgebaut worden ist: die demokratische Republik. Das ist Grund genug für

alle Republikaner, auf dem Boiten zu sein, damit neue Putschversuche ebenso scheitern wie die staatsverräterischen Unternehmungen der Herren Kapp, Ludendorff und Hitler.

Das Muster eines deutschnationalen Abgeordneten

M. Halle, 18. Februar. (Eig. Drafts.) Ueber den deutschnationalen Landtagsabgeordneten Kahle, Bezirk Halle-Merseburg, der demnächst in der parlamentarischen Untersuchung eine Rolle spielen wird, weiß das Volksthät folgendes zu berichten: Kahle war, wie er sich selbst in einer öffentlichen Versammlung in Landshammer, Kreis Liechtenwerda, im letzten Reichstagswahlkampf bezeichnet, Chef der Sabotagemassnahmen im Ruhrkampf, wozu er sämtliche Gelder erhalten hat. Er beklagte sich bitter, daß ihm die preussischen Behörden bei seinen aktiven Abwechslungen große Schwierigkeiten bereitet hätten. Weiter drückte er sich damit, daß er während des Weltkrieges in der deutschen Spionage gegen die Vereinigten Staaten von Amerika führend tätig gewesen sei, wobei ihm der damalige deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff, den er nebenher einen Lumpen nannte, Hindernisse im Weg gelegt habe.

Reinholds zweites Gesicht

Die Regierung gegen Erwerblosenaußbesserung

D. Im Hauptausschuh des Reichstags gab es am Donnerstag einen Zwischenfall. Auf der Tagesordnung stand die Zustimmung des Reichstagsausschusses zu der

Erhöhung der Erwerblosenunterstützung.
die im Sozialpolitischen Ausschuh mit großer Mehrheit beschloffen worden war. Es sollen die Sätze für Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent, die Sätze für alleinständige Erwerblose unter 21 Jahren um 20 Prozent und die Höchstätze in den Klassen A, B und C ebenfalls um 10 Prozent erhöht werden. In einer Eingangsrede forderte der Ausschuh die Reichsregierung auf, in der beschleunigten Verhandlung über Kurzarbeiterunterstützung einige wesentliche Verbesserungen vorzunehmen. Die Reichsregierung ist über diese Wünsche, die die Zustimmung von Zentrum und Demokraten gefunden haben, sehr verstimmt. Sie verlangt deshalb, daß vor Erhebung dieser Angelegenheit dem Reichsfinanzminister Gelegenheit gegeben werde, seine Bedenken gegen diese Maßnahmen darzulegen.

Dieses Auftrages entledigte sich der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold durch eine eingehende Darlegung der Finanzlage, die in Einzelheiten ausföhrlicher war als seine früheren Reden, das Gesamtbild aber nicht wesentlich veränderte. Der Ton war allerdings diesmal ganz anders. Statt des großen Optimismus eine Mahnung zur Vorsicht, die ihre Spitze deutlich gegen die Besserstellung der Erwerblosen richtete.

Aber selbst dieser Frontwechsel des Reichsfinanzministers kann zwei Tatsachen nicht beseitigen. Erstens, daß die Finanzlage des Reiches es gestalte, den Opfern der Wirtschaftskrise eine bessere

Erlözung zu gewahren, zweitens, daß nach Bewilligung der dafür erforderlichen Reichsmittel immer noch die Möglichkeit besteht, die in Aussicht genommene Senkung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf 0,6 Prozent durchzuführen.

Dieser Weg aber scheint Herrn Dr. Luther durchaus nicht zu besagen. Er hat den Finanzminister Dr. Reinhold gezwungen, den Frontwechsel vorzunehmen, weil er unter allen Umständen die von der Großindustrie verlangte Droffelung der sozialen Fürsorge erfüllen will. Luther sprach deshalb seine Absichten auch viel deutlicher aus als Reinhold. Abbau der Steuern und Vermeidung neuer Ausgaben seien bessere Mittel zur Hebung der Lage als Erhöhung der Unterstützung.

Als nach Luther Dr. Braun und Dr. Curtius ihre Meinungen zum Vorschein brachten, stellte sich heraus, daß das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung nur eine Summe von Einzelmaßnahmen ist, deren Ausführung zum Teil noch in sehr weiter Ferne liegt.

Das Verlangen Dr. Luthers, sofort in die Ausprache einzutreten, wurde von den Deutschnationalen der Volkspartei und dem Zentrum abgelehnt. Zwei Regierungsvertreter folgten also der Regierung nach, was Herrn Luther erstlich in Form verriet. Von höherer Bedeutung aber dürfte diese Meinungsverschiedenheit, die im wesentlichen tatsächlicher Art ist, nicht sein; denn der Hauptwunsch Luthers, eine Stillungnahme der Parteien zum Finanzprogramm der Regierung herbeizuföhren, bevor eine Beschlußfassung über die Erhöhung der Erwerblosenunterstützung erfolgt, ist trotz alledem erfüllt worden, da die Abstimmung über die Aufträge des Sozialen Ausschusses ebenso wie die Ausprache über die Reden der vier Minister auf Freitag vertagt wurde.

Die Enteignungsanträge abgelehnt!

Sämtliche bürgerlichen Parteien stimmten dagegen — Die Kommunisten fehlten

Aus dem Reichstage wird uns berichtet: Im Rechtsausschuh des Reichstags erklärte am Donnerstag bei der Berberatung der Generaldebatte über die Kürhenabschwörung Dr. Rosenfeld (Soz.): Die bisher von den verschiedenen Rednern bürgerlicher Parteien gegen die entschuldigungslose Enteignung vorgebrachten Bedenken können wir Sozialdemokraten nicht als begründet ansehen. Wenn wir trotz unserer Auffassung, daß die entschuldigungslose Enteignung notwendig ist, an dem Kompromissantrag der bürgerlichen Mittelparteien mitarbeiten, so geschieht dies nur, um diesen Antrags zu verbessern. Wenn die kommunistische Presse und trotzdem 'Justizminister' zum bürgerlichen Kompromiss vorweist, so hilft gegenwärtig solchen Entstellungen keine Verichtigung. Es mag deshalb genügen, diese Unbegreifung der Wahrheit öffentlich festzustellen. Das vorgeschlagene Gesetz können wir nicht akzeptieren, das Mißtrauen gegen die Richter ist im deutschen Volk zu groß. Die Mitglieder des Gerichts sollten durch den Reichstags gewählt werden. Die Verhandlungen müssen öffentlich sein und das Gesetz muß rückwirkende Kraft haben, mindestens, wenn es ein Land verlassen soll. Es ist ausgeschlossen, daß den Kürhen Zuhörern Vorteile an der Gewährung von Renten festhalten, so müssen die Bestimmungen wenigstens dahin erweitert werden, daß bei der Bemessung der Höhe einer Rente die Lage des Landkes, der Rückgang der Lebenshaltung des ganzen Volkes und die Möglichkeit des Lebensganges zu einem bürgerlichen Beruf berücksichtigt werden.

Die bürgerliche Abg. Schwarz, der zudem zum erstenmal im Rechtsausschuh erschienen ist, auf das Wort zur Begründung verzichtete, begründet Genosse Dr. Rosenfeld die Anträge. Der demokratische Abg. Rüdiger erklärte, daß die Demokraten nicht für den sozialdemokratischen Enteignungsantrag stimmen werden. Bei der Abstimmung hat der einzige kommunistische Abgeordnete den Saal inzwischen verlassen. Der sozialdemokratische Enteignungsantrag wird mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen gegen sämtliche sozialdemokratischen Stimmen (16 gegen 7) abgelehnt.

Wir fordern die entschuldigungslose Enteignungs- und werden alles daransetzen, diese, wenn der Reichstag sie ablehnen sollte, im Wege des Volksentscheides durchzuführen.

Abg. Overling (Zent. Sp.): Die sozialdemokratischen Enteignungsanträge sind für uns unannehmbar. Wir halten die Forderungen der Kürhen für berechtigt. Den Kompromissantrag könnten wir nur annehmen, wenn uns nachgewiesen wird, daß durch ihn die Weimarer Verfassung nicht verletzt wird. Weiterhin laßt: Wir werden die Vorlage in unserem Sinne, d. h. im Sinne (zunächst) des Kürhen! des Reichshandwärtlers, zu ändern suchen.

In der Spezialdebatte werden der § 1 des sozialdemokratischen Antrags auf Enteignung und der entsprechende kommunistische Antrag zur Beratung gestellt. Da der allein anwesende kom-

munistische Abg. Schwarz, der zudem zum erstenmal im Rechtsausschuh erschienen ist, auf das Wort zur Begründung verzichtete, begründet Genosse Dr. Rosenfeld die Anträge. Der demokratische Abg. Rüdiger erklärte, daß die Demokraten nicht für den sozialdemokratischen Enteignungsantrag stimmen werden. Bei der Abstimmung hat der einzige kommunistische Abgeordnete den Saal inzwischen verlassen. Der sozialdemokratische Enteignungsantrag wird mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen gegen sämtliche sozialdemokratischen Stimmen (16 gegen 7) abgelehnt.

Darauf beginnt die Spezialberatung des bürgerlichen Kompromissantrags. Der Deutschnationale Paris wünscht als Gericht einen Senat des Reichsgerichts. Demgegenüber verlangt Dr. Rosenfeld die Wahl der Richter durch den Reichstag. Der Volkspartei-Mitglieder Bundeslich erklärt: Das Gericht sollte neben dem Reichsgerichtspräsidenten aus drei Reichsgerichtsräten und drei Richtern der Obersten Verwaltungsbereiche bestehen. Abg. v. Rüdiger (Zent.): Die sozialdemokratischen Antragsteller sind in hohem Maße beachtenswert. Der Gerichtshof muß das Vertrauen des Volkes haben. Da aber kaum eine Ertigung zulässig wäre, solange ich vor, daß der Reichspräsident neben dem Reichsgerichtspräsidenten auf Vorschlag des Senats und des Justizministers drei Richter und drei Laien zu Mitgliedern des Gerichts ernennt." — Die weitere Ausprache wurde auf Freitag vertagt.

Um die Ratsfige

London, 18. Februar. Die Arbeitspartei des Reiches hat in der Unterhaus eine Resolution einzuwirken, in der Deutschlands Antrag auf Eintritt in den Völkerbund warm begrüßt wird, und Deutschlands Wunsch, einen händigen Rat sich zu erhalten, volle Unterstützung findet, obwohl gleichzeitig hin die Resolution gegen eine anderweitige Vertagung von händigen Ratssitzen aus, die als Abänderung des Statutenpakt von der englischen Regierung bekämpft werden mußte.

Aus London wird weiter gemeldet: Chamberlain und Briand werden wahrscheinlich am 8. März in Genf vor sich gehen, die Erweiterung des Rates bis zum September zu vertagen. Dieses Kompromiß sei auch für die englische Opposition annehmbar.